

Eine Strafanzeige gegen das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt

Das Problem der Ausbreitung des Riesenbärenklaus auf den Ruhrwiesen ist seit mindestens drei Jahren allgemein bekannt. Geschehen ist seitdem nichts. Eine Pressemitteilung.

Die AfD-Ratsfraktion hat gegen das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Westdeutsche Kanäle Standort Duisburg „Strafanzeige wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit u.ä.“ erstattet. Wir geben nachfolgend den Sachverhalt wieder, wie er sich der Fraktion darstellt:

„Spätestens seit dem Jahr 2019 offensichtlich auch für Laien erkennbar, breitet sich die invasive, hochgefährliche Pflanze Riesen-Bärenklau auf den für jedermann zugänglichen Ruhrwiesen in Oberhausen-Alstaden aus. Durch ungehinderte massive Aussaat erreicht die Pflanze mittlerweile auch den öffentlichen Raum hinter dem Ruhrdeich, sowie private Anliegergärten. Städtische Dienstleister haben bereits unter hohem Aufwand Entsorgungsmaßnahmen einleiten müssen.

Dem zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt ist dieser Sachverhalt seit Jahren auch über Presseberichte bekannt. Erkennbare Gegenmaßnahmen wurden nicht eingeleitet, noch nicht einmal Hinweise an den Geländezugängen warnen die Nutzer.

Eine abschnittsweise durchzuführende Sanierung ist möglich und auch wirtschaftlich vertretbar. Insbesondere muss diese erfolgen um eine Ausbreitung in die besonders schützenswerten Bereiche des Alstadener Biotops und des Ruhrparks zu verhindern.“

Für die AfD-Ratsfraktion gezeichnet von Wolfgang Kempkes (Fraktionsvorsitzender).

Anlage: Aufnahmen aus dem Bereich vom 1. 6. 2022.















